



Mitglieder
der Projektgruppe
„Datenschutz, Persönlichkeitsrechte“

Berlin, 27. Juni 2011
Geschäftszeichen: PA 24/4

**Enquete-Kommission Internet und
digitale Gesellschaft**

bearbeitet von:
Regierungsdirektorin Antje Franz
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37731
Telefon: +49 30 227-37719
Fax: +49 30 227-36733
enquete.internet@bundestag.de

Dienstgebäude:
Dorotheenstr. 88

**Ergebnisprotokoll der achtzehnten Sitzung der Projektgruppe
am 27. Juni 2011**

**TOP 1
Begrüßung und Formales**

Das Protokoll der Sitzung vom 10. Juni 2011 und die am 20. Mai 2011 versandte Tagesordnung für die Sitzung am 27. Juni 2011 werden einvernehmlich beschlossen.

**TOP 2
Kapitel 3. „Resultierender politischer Handlungsbedarf“**

Die Projektgruppe berät auf der Grundlage der am 23. Juni 2011 versandten Sitzungsunterlage die Formulierungsvorschläge der Referentenrunde für konsensuale Handlungsempfehlungen und kommt zu **folgenden einvernehmlichen Ergebnissen** (Zeilennummern gemäß Sitzungsunterlage):

Die Überschrift für das dritte Kapitel soll „**Handlungsempfehlungen**“ lauten.

- **I. Einleitung**

Der Text ist unstrittig. In der Fußnote Nr. 1 sollen neben der bereits aufgeführten Studie von TNS noch die Studie des Instituts Demoskopie Allensbach „Die Einstellung der Deutschen zum Thema Datenschutz“ (September 2010) sowie weitere Studien erwähnt werden. Entsprechende Vorschläge sind bis Mittwoch 29. Juni 2011 an das Sekretariat zu richten.



- **II. Vorgaben für nationalen, europäischen und internationaler Datenschutz**

Der Textvorschlag wird einvernehmlich angenommen.

- **III. Datenschutz als Standortfaktor**

Der Textvorschlag wird einvernehmlich angenommen.

- **IV. Einwilligung**

Z. 228 bis 230 sollen lauten:

*„ 1.
die Informationspflichten so auszugestalten, dass die
Informationen von der Art und vom Umfang her die
Grundlage für informierte und freiwillige Einwilligungen
bilden,“*

In Z. 252 wird der Begriff „Einverständnis“ durch den Begriff „Zustimmung“ ersetzt. Im Übrigen wird der Textvorschlag unverändert angenommen.

- **V. AGB und Datenschutz**

Der Textvorschlag wird einvernehmlich angenommen.

- **VI. Privacy by design / by default**

Der Textvorschlag wird einvernehmlich angenommen.

- **VII. Verfallsdaten**

Der Textvorschlag wird einvernehmlich angenommen. Fußnote Nr. 3 soll jedoch lauten:

*„Mit sticky policies wird eine Art von digitalem
Rechtemanagement für Daten bezeichnet: Durch angeheftete
Metadaten werden zugelassene Verwendungszwecke definiert.
Mit "sticky" ist gemeint, dass diese Metadaten bei
Kopiervorgängen "haften bleiben", also mitübertragen werden
(siehe auch die Studie „Ergänzende und alternative Techniken
zu Trusted Computing (TC-Erg./-A.) - Teil 1-“ im Auftrag des
Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik,
29.01.2010, S. 20 f., abrufbar unter:
https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/Studien/TC_ErgA/TC-ErgA_Teil1.pdf)“*



- **VIII. Selbstschutz und Medienkompetenz**

Der Textvorschlag wird einvernehmlich angenommen.

- **IX. Soziale Netzwerke**

In Z. 367 wird das Wort „*grundsätzlich*“ durch die Formulierung „*in geeigneter Weise*“ ersetzt. In Z. 376 werden nach dem Passus „*an Dritte darf*“ die Worte „*neben gegebenenfalls geltenden gesetzlichen Erlaubnistatbeständen*“ eingefügt. Im Übrigen wird der Textvorschlag einvernehmlich angenommen.

- **X. Datenschutzaufsicht**

Der Textvorschlag wird einvernehmlich mit folgenden Änderungen angenommen:

Der Satz in Z. 386 f. lautet, „*Es sollten die Anordnungsbefugnisse des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit an dessen Aufsichtsbefugnisse angepasst werden.*“

In Z. 392 entfällt das Wort „*weiterhin*“.

- **XI. Vorbildwirkung öffentlicher IT-Projekte**

Es werden in Z. 418 das Wort „*erhebliche*“, in Z. 421 das Wort „*besonders*“ und in Z. 425 das Wort „*weiterhin*“ gestrichen. Im Übrigen wird der Textvorschlag einvernehmlich angenommen.

- **XII. Smartgrids**

Der Textvorschlag wird einvernehmlich angenommen. Die Überschrift wird neu gefasst und lautet „*Smartgrids und andere intelligente Netze*“.

Es wird vereinbart, dass der Vorsitzende in der bevorstehenden Sitzung der Enquete-Kommission im Namen der Projektgruppe eine weitere Enquete-Sitzung am 4. Juli 2011 beantragen wird. In dieser zusätzlichen Sitzung sollen die konsensualen Handlungsempfehlungen zusammen mit den weiteren, streitigen Handlungsempfehlungen zur Abstimmung gestellt werden.

Die Bitte des Sekretariats, ergänzende Texte für den nicht-konsensualen Teil der Handlungsempfehlungen und alle am 11. April 2011 angekündigten Sondervoten zum 2. Kapitel



bis 29. Juni, 24.00 h einzureichen, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

TOP 3
Verschiedenes/Zeitplan

Die aktualisierte Fassung des Papiers *„Bericht über die Bürgerbeteiligung in der Projektgruppe Datenschutz, Persönlichkeitsrechte“* wird einvernehmlich beschlossen. Der Text soll zusammen mit dem Kapitel *„Handlungsempfehlungen“* in die Enquete-Kommission eingebracht werden.

Keine weiteren Wortmeldungen unter „Verschiedenes“.